

Samstag-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Samstag-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2,00 Reichsmark. Bestellungen sind zu richten an den Verleger, Halle, Markt 12. Der Preis für den Einzelheft beträgt 10 Pfennige. Die Halle'sche Neueste Nachrichten sind in allen Buchhandlungen und Zeitungsvertriebsstellen zu beziehen. Die Halle'sche Neueste Nachrichten sind in allen Buchhandlungen und Zeitungsvertriebsstellen zu beziehen. Die Halle'sche Neueste Nachrichten sind in allen Buchhandlungen und Zeitungsvertriebsstellen zu beziehen.

Neues in Kürze.

Drachmehöhen und Kohletelegramme.
Nach dem relativ ruhigen Verlauf der großen Kommunifantentagung an den Pfingsttagen hat die kommunifantische Unruhehaftigkeit wieder in voller Schärfe und Beunruhigung eingesetzt. Den Pfingsttagen kommunifantischen Ausschreitungen in Neudorf am Dienstag, wo es acht Schwereverletzte gab, sind gestern Abend Zusammenstöße in Klötzingberg, Spandau und Potsdam gefolgt.

Seitdem ist der größte Teil der nach Berlin gekommenen Teilnehmer an der Kommunifantentagung immer noch nicht wieder abgereift. Die nächste Wirtschafstages ist, trotz der geringen Leistung der Zahl der Arbeitslosen im Reichsgebiet, fast unverändert. Stellenweise zeigt sich eine Zunahme der Betriebsstörungen. Die wirtschafstheoretische Industrie zeigt für Monat Mai einen Rückgang der Auslastung um etwa 18 Prozent gegenüber dem Vormonat auf, für die ganze norddeutsche Industrie wird der Rückgang auf 21 Prozent geschätzt. Im Ruhrgebiet droht jetzt auch die teilweise Betriebsstilllegung bei Harpen, durch die 1100 Arbeiter betroffen würden.

Gegen den Beschluß des Thüringischen Landtages, wonach die Mittel für die Eisenbahnen fürstige dadurch beschafft werden sollten, daß in Thüringen anjüngliche Privatbanken als einmalige Unterstützung für jedes Staatsgeschäft 10 000 Mark und für jede Zweigstelle 5000 Mark binnen 14 Tagen an die Staatskasse abführen sollten, hatte der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes Beschwerde beim Reichsanwalt eingeleitet. Die Thüringische Regierung hat nunmehr, wie der demokratische Zeitungsdienst erklärt, beschlossen, den Verdragsvertrag nicht auszuführen.

Aus dem Ausland mehren sich die Meldungen von der wachsenden Erregung der Damesplanerfüllungen. Das Pariser „Journal“ stellt fest, daß die deutschen Zahlungen für Mai wieder prompt geleistet sind, doch aber der Generalagent selbst auf die finkende Leistungsfähigkeit Deutschlands hingewiesen habe. Die Londoner „Times“ haben als bemerkenswert hervor, daß die Weisung des britischen Reichsanwaltes in London, wonach die Londoner Agenten in London zusammenzufinden, was kein Zufall und eine Nebenbedingung ist.

Der Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Smith-College (Vereinigte Staaten), Barns, erklärte in einer Ansprache: Der Weltkrieg war von Frankreich und England bewußt geplant und herbeigeführt. Wie sich durch Urkunden beweisen läßt, Deutschland war das Opfer einer tiefen Verschwörung.

In Beendigung der Debatte über die belgische Regierungserklärung hat die Kammer mit 128 gegen acht Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, der neuen Regierung Jaspars das Vertrauen ausgesprochen.

Der französische radikale Abgeordnete Borel hat einen Gesetzentwurf über eine Umgestaltung der französischen Währung eingebracht und schlägt die Schaffung eines neuen Geldes vor, das durch das Geld der Bank von Frankreich gedeckt werden soll. Dieses neue Geld soll das jetzige Geld fortwährend ersetzen, wobei während der Ubergangsperiode Vorzüge getroffen werden müßte, die Währung nicht weiter finken zu lassen.

Der König von England hat gestern vormittag im Buckinghampalast die Delegierten zur Londoner Interparlamentarischen Handelskonferenz empfangen und ihnen eine Begrüßungsansprache gehalten, in der sehr viel von friedlicher Zusammenarbeit des Völkern Europas die Rede war.

Der englische Staatssekretär für Bergbau hat neue Einschränkungen betreffend die Lieferung von Kohle an Fabriken und Privatpersonen angekündigt. In einem Brief ermahnt er das Völkern zu fröhlicher Sparsamkeit beim Verbrauch von Kohle, Gas und Elektrizität. Nachmittags hatte Baldwin eine Rede mit den Mitgliedern des Parlamentes der Regierung.

Nach einer Witterung aus Paris ist infolge Kohlenknappheit der Postverkehr zwischen Boulogne und Brüssel eingestellt worden. Auch die Schiffe zwischen Paris und London, die den Anlauf an die Dampfer vermitteln, fallen aus.

Ein teures Vergnügen.

Die Arbeitergroßen verschwendet werden.

Die Arbeitergroßen verschwendet werden.

Die Arbeitergroßen verschwendet werden.

Die Arbeitergroßen verschwendet werden.

Die Arbeitergroßen verschwendet werden.

Arbeiterchaft gegen Fürstenberaubung!

Der Deutschnationale Arbeiterbund schreibt uns: „Die Kommunistische Partei verfallt in Führerlosigkeit, auf Befehl Weisung wird eine Führerpartei nach der anderen hinausgeworfen. Die Sozialdemokratie steht vor der Spaltung, die in Sachsen mit dem Auscheiden von zwei Ministern und 23 Abgeordneten begonnen hat und sich über das ganze Reich fortzieht. Die Arbeitermassen sind ermerzlos, wohnungslos, hoffnungslos geworden — dahin hat sie 7 1/2 Jahre nachrevolutionärer sozialistischer Einfluß gebracht.“

Im von Elend und Not abgehenden, um die Verbrechen und den Verrat an der Arbeiterchaft vergessen zu machen, haben die marxistischen Parteien den Forderung, den Futschwindel und die Fürstenberaubung erüben.

In diesem Furchen wollen sie ihr — den Mann nährendes — Parteipöppchen füttern. Der Deutschnationale Arbeiterbund fordert im Namen von mehr als zwei Millionen Arbeiterwählern

alle deutschen Arbeiter auf, diesem roten Schwindel nicht länger zum Opfer zu fallen, sondern unter klarer Erkenntnis des bisherigen, arbeitserfüllenden Treibens der marxistischen Parteien sich in den großen Rahmen der Volksgemeinschaft einzufügen.

Der Deutschnationale Arbeiterbund ermahnt vor allem deutschen Männern und Frauen, besonders aus dem Arbeiterstand, daß sie dem Volksentzug fernbleiben und in der Aufrüstungsarbeit nicht erlahmen, damit am 20. Juni erneut Hunderttausende sich von den marxistischen Irren ab und einer vernünftigen, volkstümlichen, nationalen Staatspolitik zuwenden.“

Abüstungskonferenz erst 1928!

Der Führer der englischen Währungs- und Geldreformkommission, Lord Robert Cecil, ist gestern abend von Genf nach London abgereift. Wie der amtliche englische Funkdienst meldet, ist nicht zu erwarten, daß die Abüstungskonferenz vor Ende nächsten Jahres zusammengetreten wird.

Abd el Krim Unterwerfung.

Das Pariser „Journal“ meldet: Abd el Krim persönlicher Liebergabe ist eine Revolte im Lager der Kistabalen vorausgegangen, durch die Abd el Krim und seine Familie mit dem Tode bedroht wurden. Abd el Krim hatte seit Tagen seine ganze Familie, insgesamt 32 Personen, um sich versammelt, und konnte im letzten Augenblick aus dem Lager der Kistabalen flüchten. Fünf Stunden nach Abd el Krim's Entweichen in französischen Lager trafen auch die Angehörigen der Kistabalen selbst vor den französischen Posten ein, um völlige Kapitulation anzubieten.

Nach einer im Pariser „Journal de Debats“ veröffentlichten Meldung ging die Unterwerfung Abd el Krim's wie folgt vor sich. Am 25. Mai ließ Abd el Krim einen für den Generalleutnanten Steel bestimmten Brief überbringen, in dem er seine Unterwerfung anzeigte und für sich und seine Familie den Schutz Frankreichs nachsuchte. Siegel nicht entnommen, die Unterwerfung Abd el Krim's könne ohne unangenehme Freigabe der Gefangenen nicht angenommen werden. Nachdem dieser Behingung am 26. Mai entprochen worden war, wurde Abd el Krim mitgeteilt, er könne mit den französischen Truppen in Verbindung treten. Am 27. Mai gingen bei den französischen Führern Wellen ein, für seine Sicherheit zu sorgen. Ueber die noch nicht unterworfenen Stämme wurden Flugschreiber abgemeldet, die die Unterwerfung Abd el Krim's in den französischen Truppen anzeigten.

Abd el Krim ist, wie Ministerpräsident Briand nach Schluß des gestrigen vormittag abgehaltenen Ministerrats offiziell mitteilte, in den französischen Einheiten eingetroffen und sofort nach Tora weitergeleitet worden.

Weshalb England nicht vermittelte.

Der Vertreter der Londoner „Times“ in Tanger teilt mit, daß Abd-el-Krim die britische Regierung in den Monaten Juni und Juli des letzten Jahres umjunkt um ihre guten Dienste zur Vermittlung des Friedens ersuchte, und daß er noch unmittelbar vor seiner Kapitulation einen ähnlichen Versuch gemacht habe, worauf er gestern förmlich die Antwort erhielt, eine Vermittlung sei völlig unmöglich; der einzige Weg sei, sich den Franzosen zu ergeben.

Die Gründe für diese Ablehnung Englands werden aus dem Leitartikel der „Times“ deutlich, in dem zu Abd-el-Krim's Unterwerfung gelangt wird:

Nicht nur in Marokko allein werde die Nachricht vom Sturz dieses fähigen, hartnäckigen, eigenartigen und rücksichtslosen Führers einen großen und erwiderten Eindruck machen, sondern auch bei den europäischstämmigen Elementen in den wohnsiedelnden Mittelmeerländern, unter den indischen Kolonialbehörden und in Ägypten.

Die Kosten des Marokkorkrieges.

Der Pariser „Matin“ meldet: Abd el Krim hat den Franzosen in dem seit zweiwöchigen Widerstand nahezu eine Milliarde Franken Kriegskosten verursacht. Die Hauptkosten der französischen Vertriebskräfte hat Generalstabler General Lord Kitchener des Marokkorkrieges zugewiesen.

Die Kennzeichnung Marokkos wird die nächste Folge des Zusammenbruchs des Widerstandes der Kistabalen sein, um einen Teil der französischen Kriegsausgaben wieder bereinzubekommen. Dabei kann es zu ersten Meinungsverschiedenheiten mit England und Italien kommen. Schon erheben die sozialistischen Mailänder Zeitungen „Secolo“ und „Corriere della Sera“ den Anspruch Italiens auf Zuzahlung Italiens zu den Friedensbedingungen in Marokko. Der „Secolo“ schreibt in einem dänischen Telegramm, daß Italien als Wirtschaft nicht mehr auszuhalten wäre und auch in Marokko nicht auszuhalten würde.

Tua res agitur

(„Deine Sache wird verhandelt“.)

Von Hauptmann a. D. Matzky, I. Vorführer des Ortsvereins der D.B.P. Halle.

Der sozialistische kommunifantische Gesetzentwurf über die einschüßungslose Entzignung der ehemals regierenden Fürsten wird am 20. Juni zum Volksentscheid gebracht.

Träger dieses Gesetzentwurfs sind dieselben Parteien, deren Führer in dem Verlauf am 12. November 1918 sich die Aufgabe gestellt haben, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Was ihnen damals nicht gelang, soll nunmehr durch einen Angriff auf die Grundlage jeder produktiven Wirtschafstform, nämlich das Privateigentum, erreicht werden. Als Selbstherrscher benutzen sie, wie in allen ihren bisherigen Handlungen, die Begehrlichkeit der Massen, die Unzufriedenheit der ihres Heiliges Verabreuten, und spekulieren auf den Mangel an Einsicht in weiten Kreisen des Volkes.

Alle bei allen Wahlkämpfen, so stellen auch diesmal Sozialdemokraten und Kommunisten die soziale Frage in den Vordergrund. In dem Gesetzentwurf betonen sie, daß das enteignete Vermögen den Kriegsbefähigten, dem durch die Inflation verarmten Mittelstand, den Witwen und Waisen zugute kommen soll. Wie dies angedeutete soziale Mitleid der Sozialisten und Kommunisten zu betonen ist, hat der sozialistische Generalagent in seiner letzten Uebung: „Die deutschen Genossenschaften im Weltkrieg“, Berlin 1917, S. 12, wie folgt geschrieben:

„Die Partei propagierte indes die Sozialpolitik weniger um ihres unmittelbaren Wertes für die Arbeiterklasse, als aus Agitationsbedürfnis, wie ihr überhaupt das ganze parlamentarische Wirken mehr zur Führung des Klassenkampfes, als zur Verbesserung der Lage der Arbeiter notwendig erschien.“

Wie sehr diese Kennzeichnung der Sozialisten zutrifft, war zu erkennen, als das Ergebnis des Volksabstimmens bekannt wurde. Die erfolglosen Eingetragenen wurden ungeachtet zum angeblichen Referendum für die Republik und dienten der Agitation für die zur Parteiführung erniedrigte Flagg Schwarz-rot-gold.

Ein Erfolg des Volksentscheidens würde mit Sicherheit als Zustimmung für das sozialistische Programm erklärt werden und den Anstoß geben zur weiteren Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens, das noch heute an den Folgen des sozialistischen Wirtschafstunses leidet.

Die Abschaffung des Privateigentums ist eine Grundforderung der Sozialdemokratie und Kommunisten. Etwas erhaben im kommunifantischen Manifest, ist sie bis zum heutigen Tage das Ziel dieser Parteien und das festeste Bindeglied zwischen beiden.

Alles hat in seinem Arbeiterprogramm mit Recht darauf hingewiesen, daß man eine Revolution nicht machen kann, sondern man kann ihr nur weichen, wie schon in den tatsächlichen Beschäftigungen einer Gesellschaft eingetreten ist, nach äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben.

Die Abschaffung des Privateigentums bei den ehemals regierenden Fürsten, welches auch in der Beschaffung ausdrücklich gewährleistet ist, würde in der Tat eine Revolution in den tatsächlichen Beschäftigungen der Gesellschaft darstellen. Die Fortführung der einschüßungslosen Entzignung wird bei allen übrigen Ständen, bei der Kirche, dem Grundbesitzer, der Industrie, dem Handel, in jedem Privatmanne, würde nur die konsequente Durchführung dieses Volksentscheidens bedeuten.

Es handelt sich mithin bei dem Gesetzentwurf gar nicht so sehr um das Vermögen der ehemals regierenden Fürsten, als um die Frage: Privateigentum oder Gemeinwirtschaft? Am 20. Juni fällt daher die Entscheidung über das Schicksal jedes einzelnen deutschen Bürgers, der Privateigentum besitzt, sei es auch noch so gering.

Ueber die Auswirkung, die der Erfolg des Volksentscheidens im Sinne der Sozialisten und Kommunisten über für das gesamte deutsche Volk haben wird, sagt Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ in II. Kapitel:

„Jedes große nationale Gemeinwesen, in welchem der vorwichtige und hemmende Einfluß der Besten, der weisesten oder intelligenten Ursprung, verloren geht, wie immer in einer der Entzignung der ersten französischen Revolution ähnlich, die Staatsformen zerbrechend Gefährdung bringen.“

kleinere Zeit machen, sondern alle verdrängen. Darum fordert die Deutsche Volkspartei auf: Keine Beteiligung am Bolschewismus!

Jeder bleibe am 20. Juni der Abrechnung fern!
Wer unter dem Terror der Sozialisten und Kommunisten glaubt, zum Wahllokal gehen zu müssen, der komme mit „Nein“.

Erregte Ernährungsdebatte in der französischen Kammer.

Die französische Kammer hat gestern nachmittag ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Nach Beratung der eingelaufenen Resolution stellt Herriot an Brand die Frage, wann die Regierung in eine Diskussion über die Ernährungsfrage eintritt. Die Kammer, da die Finanzlage noch schwierig ist und das die fortwährende Diskussion nur große Ungelegenheiten entstehen könnte, die Festsetzung der Diskussion zu vertagen. In einer sehr gehaltenen Rede wendet sich der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriol gegen diesen Vorschlag des Ministerpräsidenten. In gleichem Sinne sprachen der kommunistische Redner, ein sozialrepublikanischer Abgeordneter, der Republikaner, ehemaliger Staatssekretär der Finanzen und der Ministerpräsident des Kabinetts Poincaré, Borel. Die Erläuterung der Redaktionen und Sozialrepublikaner erregte Aufsehen.

Ministerpräsident Briand begründet nochmals seine Ansicht. Die Regierung arbeite Geheime, die bei deren Beratung die Kammer in voller Freiheit diskutieren könne. Die Diskussion wird hierauf in einer Atmosphäre der größten Erregung fortgesetzt. Ein Vermittlungsvorschlag, man solle die Diskussion über die Wahlregeln solange aufhalten, bis die Finanzlage geklärt sei, wird vom Briand abgelehnt. Die Diskussion wird zur nennentlichen Abstimmung geschritten. 320 Abgeordnete sprachen sich für die Vertagung und 208 dagegen aus. Die Vertrauensfrage wurde also bejaht.

Zum amerikanisch-französischen Schuldenabkommen.

Nach einer Mitteilung des „Echo de Paris“ glaubt man in gut unterrichteten Kreisen zu wissen, daß die amerikanisch-französischen Schuldenabkommenskommission im letzten Augenblick nicht der Kammer und dem Senat genehmigt werden unterbreitet werden, denn wenn zur gegenwärtigen Stunde eine Regelung dieser Angelegenheit überführt würde, würde man sich wahrscheinlich einem Mißerfolge aussetzen.

Die drei Richtungen unter den französischen Sozialisten.

Zu dem Ergebnis des Sozialistenkongresses in Clermont Ferrand schreibt „Petit Parisien“, die „Republik“, die die Mehrheit der Sozialisten und die sozialistischen Parlamentarier herzustellen hoffen, ist nicht zu erwarten. Die drei Richtungen, die sich schon auf dem Bezirkskongress der Sozialisten des Generaldepartements gezeigt hatten, hätten sich auf diesem Nationalkongress wieder gezeigt. Es gebe innerhalb der sozialistischen Partei fünfzig eine Rechte Renouard-Morquet, die bereit sei, mit der log. Anteilnahme zusammen zu arbeiten, ein Zentrum von Blumhaire, das ohne Beteiligung an der Regierung eine Regierung unterstützen würde, die einschließen würde, das so. Programm zu verzerrlichen, und eine Linke Maunin, die sich für die Änderung an der Kommunisten eingetretet. Man könne also vom sozialistischen Kongress sagen, daß er zumindest das Zeichen einer moralischen Spaltung aufweise.

Continenterfest.

Am 27. Mai.
Unter den zahlreichen Bemerkungen, den allgemeinen Beifall auslösten, hat seinen Namen zu beherbergen, hatte diesmal die „Republik“ den Sitz benutzend und alles getan, um den verschiedenartigsten Veranstaltungen einen durchwegs würdigen Verlauf zu sichern.
Den Auftakt bildete eine Festvorstellung im Stadttheater. Zur Aufführung gelangte „L'Intermezzo“ von Richard Strauss unter der Leitung des Generalmusikdirektors Oskar Malata. Das erste große Orchesterkonzert hatte außerordentliche Dimensionen. Um den verschiedenen Kapiteln der D. h. o. Fiedrich Riß zu ehren, fand an der Spitze des Programms „Lied und Verkündigung“. Der damals noch junge Meister hat die Linderung zum Jugendfreunde gewidmet, der mit ihm das Banner der neuen deutschen Kunst führend und gleich ihm Alexander Ritter verteidigt. Nun erhebt sie dem Enthusiasmus zum Gedächtnis unter der Leitung des neuen Vorstehers Dr. Siegmund von Passerger, der in Halle als Tonleiter eine so gut wie unbekannte Entstehung. Die Weltanschauung hat ein heiliges Konzertinstitut, seine „Barbarossa“ oder seine „Naturfonie“ im nächsten Winter den Musikfreunden vorzuführen.

Das erste Konzert kam unter Malatas Leitung „Das Leben“, ein einfaches Orchester mit Sopranos, Frauenchor, Streichorchester, zwei Hornen und Klavier nach Gedichten von Novalis komponiert von Joseph Rheinert (geb. 1898 zu Schwarz in Thür.). Zwei Quartette, nicht wie und nur ganz ausgeglichen geführte große Frauenchor dürfen sich an das Werk wagen; denn es ist nicht von Schwierigkeiten und nutzt der menschlichen Stimme Dinge und Töne zu, die manchem Vornehmlichen unerschwinglich sind. Auch die Frauenstimmen des Chemnitzer Sängerbundes vollstetm bilden der eigenartigen Tonführung

Die plattdeutschen Stammesbröder von Amerika bis hin Hindenburg.

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern nachmittag eine Abordnung des plattdeutschen Volksvereins und der 32 plattdeutschen Vereine von Neuport und Umgebung, von denen etwa 600 Mitglieder sich zurzeit auf einer Deutschlandreise befinden. Der Präsident des plattdeutschen Vereines Remort, Herr Claus Deisen, richtete an den Herrn Reichspräsidenten folgende Ansprache:

„Hochgeehrter Herr Reichspräsident!
Die plattdeutschen Stammesbröder von Amerika sind hierher kamen, Sie, Herr Reichspräsident, zu begrüßen. Ich kann wohl sagen, daß ich die Grüße von alle plattdeutschen Brüdern, die in Amerika sind, hier mitbringen kann. Denn in ganz Amerika gibt es wohl kein plattdeutsches Dorf, das nicht von uns plattdeutschen Brüdern umgeben ist. In der ganzen Welt gibt es keine plattdeutsche Sprache, die nicht von uns plattdeutschen Brüdern gesprochen wird. In Sie verkörpert sich die plattdeutsche Kraft in der plattdeutsche Art.“

Als das mit uns Vaterland so leicht ist, wenn wir mit Ihnen ein Leben, was wir doch können für die plattdeutsche Volk. Kungen um Lewo na u Vaterland hat us über de solten Sie drücken. Dann wir aber usn Kriegs-u Volkseiden von Hindenburg an diesen Tag de Hand drücken loent um em int Oge fiesien döst, daß us in größte

Polens Entschädigungszahlungen an Deutschland.

Die Berliner Blätter berechnen die Entschädigungszahlungen, die Polen an Deutschland auf Grund der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts zu zahlen hat, auf 120 Millionen Reichsmark. Andere Schiedsgerichtsbescheide, z. B. der zwischen Ungarn und Jugoslawien, hätten, wie die Blätter erfahren, dieses Urteil als maßgebend abgewartet. Es sei nun festgesetzt, daß jeder Eingriff in das Privatvermögen, soweit er gegen das Völkerrecht verstoße, als Aquivalenz anzusehen sei, d. h. zur Entschädigung verpflichtet.

Der Osten — unser Schicksal.

Legung des Deutschen Ostbundes.
Gestern wurde in Königsberg die diesjährige Bundesversammlung des Deutschen Ostbundes in der Stadthalle unter zahlreicher Beteiligung eröffnet. Der Bundespräsident Geh. Oberregierungsrat von Tilly wies in der Eröffnungsanrede darauf hin, daß der polnische Korridor eine raais- und völkerrpolitische Unmöglichkeit sei.

Die Deutsche Ostbund sei auf friedliche Arbeit eingestellt. Seine Arbeit wolle dafür sorgen, daß das Deutsche Volk zu dem Bewußtsein komme: das Schicksal des Ostens ist unser Schicksal. Der Osten ist uns innerlich gefaschdet, und jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau muß sich zur Hilfeleistung bereit erklären und verpflichten.

„Hindenburghaus“

füßen solle. Der Reichspräsident hat der Benennung des Hauses bereits zugestimmt. Dann

Freude und Stolz, um wir dankt von ganzen Herzen, daß wir vonndage die Ehre heßt, vor Sie zu stoßen.

Die plattdeutschen in Amerika holt in den großen Volksvereinen, die all die plattdeutschen umfassen, teil, lobend in bläuliche Tra, in bläuliche Blüten. Die Platte ist die Mutterplatt, die uns heute freudt, und daß ich so hiesigen bin in alle Empfindet.
Auf so ward us alle dem ewiglich besägen sein usn Hindenburg, de de Ketter is von düssige Ehr um von düssigen Gilden. Gratz daß us us Düssel-Amerikaner so deep int Satz gahn, daß us in hohen Oeller noch die Rede von us düssige Kederland vor sind. Mag us' Vergott gebed, daß Sie, Herr Reichspräsident, noch die Jahre in Kraft un Gesundheit us Volk vorrangigst um em den Weg to Genieigt, to Recht und Freiheit weist.

Wir aber, de hier vor Sie stah, swört us oiet Vaterland ewige Tro!
Recht Sie dütt Angedenken, was wir mitbröcht heßt, in mine Hand in Ehr Hand, der steht allens inne, was us dat Hart vor Sie, us' Hindenburg, bewegen deht.“

Der Herr Reichspräsident erwiderte mit bewegten Worten herzlichsten Dankes.

Generale im Gefängnis.

Aus Warschau wird gemeldet:
Die Generale Rogowowski, Jagurcki und Jazynski, die auf der Seite der ehemaligen Regierung Wilos gestanden haben, wurden gestern nach mitteltägiger Bedenkung nach Warschau ins Gefängnis gebracht. Wie sie wegen verschiedener strafbarer Mißgriffe, die sie sich früher angeeignet haben zu Schulden kommen lassen, vor ein Militärgericht gestellt werden sollen.

Pilsudski über Posen.

Die „Newport Times“ bringen ein längeres Interview Jüles Suwerzins mit Pilsudski. Auf die Frage, was er über die Opposition in Polen denkt, antwortete Pilsudski, traurig mit dem Kopf nicken:
„In Polen ist eine Schwärzezeit und wir sind für eine Generation fern. Polen weiß zwei große Unterschiede gegenüber dem übrigen Polen und besonders gegenüber Rußland-Polen auf: Der erste Unterschied ist, daß die Polen unter einer höheren Kultur und unter einer in den Deutschen eingeführten Ordnung aufwachsen. Daher haben sie eine Sinesart, die ganz verschieden von der Sinesart derer ist, die unter russischer Herrschaft oder österreichischer Herrschaft aufwachsen. Der zweite Unterschied ist, daß sie eine weitaus überlegene Lebenshaltung aufweisen.“

„Eine höhere Kultur und eine weitaus überlegene Lebenshaltung“ haben die Bewohner des neuen Deutschen Ostbundes. Das muß sogar der künftige polnische Staatspräsident werden. Erklärten nicht die Alliierten taufenbuch während des Krieges und danach, daß sie für die Kultur und das Wohl der Völker kämpfen? Die Kultur und das Wohl der Völker, man glaubt noch an die schönen Lügen der Entente?

Kammerkonzert.

Eine Ueberfülle wurde auch am zweiten Abend über die Zuhörer ausgeschüttet. Zwei Gemischte Chöre boten unter ihren Leitern eine Fülle und heitere Musikprogramme von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner. Von der Tagesgeschichte vor mehr als 20 Jahren in Halle im Stadttheater aufgeführt wurde. Chorvorbereitungen von Edwin Wendau und Proben aus den „Erdbeben“ von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner. Von der Tagesgeschichte vor mehr als 20 Jahren in Halle im Stadttheater aufgeführt wurde. Chorvorbereitungen von Edwin Wendau und Proben aus den „Erdbeben“ von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner.

Die Ueberfülle wurde auch am zweiten Abend über die Zuhörer ausgeschüttet. Zwei Gemischte Chöre boten unter ihren Leitern eine Fülle und heitere Musikprogramme von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner. Von der Tagesgeschichte vor mehr als 20 Jahren in Halle im Stadttheater aufgeführt wurde. Chorvorbereitungen von Edwin Wendau und Proben aus den „Erdbeben“ von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner. Von der Tagesgeschichte vor mehr als 20 Jahren in Halle im Stadttheater aufgeführt wurde. Chorvorbereitungen von Edwin Wendau und Proben aus den „Erdbeben“ von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner.

Die Ueberfülle wurde auch am zweiten Abend über die Zuhörer ausgeschüttet. Zwei Gemischte Chöre boten unter ihren Leitern eine Fülle und heitere Musikprogramme von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner. Von der Tagesgeschichte vor mehr als 20 Jahren in Halle im Stadttheater aufgeführt wurde. Chorvorbereitungen von Edwin Wendau und Proben aus den „Erdbeben“ von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner. Von der Tagesgeschichte vor mehr als 20 Jahren in Halle im Stadttheater aufgeführt wurde. Chorvorbereitungen von Edwin Wendau und Proben aus den „Erdbeben“ von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner.

Grundsteuer-Freiheit von Kirchen-Grundstücken.

Von den Oberherörden der evangelischen und der katholischen Kirche ist darüber Klage geführt worden, daß die Pachtverdingungsämter die des Kirchengrundstücken zugehörige Freiheit von Grundsteuer bei ihren Entscheidungen über die Grundsteuerfreiheit des Pachtlandes nicht immer genügend berücksichtigen. Das habe zu milden Geführen bei entsetzender Lage des Pachtlandes geführt, daß die nach dem geltenden Steuerrecht recht beträchtliche Erparnisse an Grundsteuer dem Pächter zugute kommen, während der mit der Grundsteuerbefreiung verfolgte Zweck einer Entlastung der Kirche und damit mittelbar auch des Staates nicht erreicht werde. — Der preussische Justizminister gibt den nachgeordneten Behörden in einer allgemeinen Verfügung, von diesen Klagen Kenntnis zu nehmen, bei dem Pachtverdingungsämtern das Komunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 und die entsprechenden Vorschriften in den neueren Grundsteuererlassen über die Steuerfreiheit der Dienstgrundstücke der Kirchen, der Geistlichen und Kirchenbediensteten und deren Einwirkung auf das Pachtverhältnis nach Lage des Einzelfalles eine Prüfung zu unterziehen.

Ein Protest gegen die Hausfuchungen.

Der Vorstand der rheinischen Landwirtschaftskammer hat eine Entschließung, in der er sich mit der Durchführung der Diensträume der Kammerverordnungen, Frst. u. Ökonomien, in der Landwirtschaftskammer zu Bonn, die auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern und des Polizeipräsidenten von Berlin wegen des Verdachts des Hochverrats erfolgte, beschließt, und laut „Deutscher Tageszeitung“ u. a. enthält:
„Als wesentliche rechtliche Voraussetzung der gesamten rheinischen Landwirtschaftskammer liegt der Boden der rheinischen Landwirtschaftskammer gegen diese rechtsmindernden Eingriffe in das Hausrecht einer autonomen Selbstverwaltungsorganisationsform die schärfste Verwahrung ein.“ Der Vorstand schließt sich dem Kammerverordnungen gestellten Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs und Mißbrauchs der Amtsgewalt in den Räumen der Landwirtschaftskammer an.

Internationale Arbeitslosenversicherung?

Der schweizerische Arbeitervertreter Cramer hat der in Genf zusammengetretenen Internationalen Arbeitskonferenz den Entwurf einer Entschließung unterbreitet, durch den das Internationale Arbeitsamt aufgefordert wird, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entsprechend den Grundgedanken der von den früheren Arbeitskonferenzen angenommenen Empfehlungen und Resolutionen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und die Förderung der Arbeitslosenversicherung auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz 1925 zu setzen. „Im Entwurf des Arbeitsamts unter dem Vorbehalt der Genehmigung seitens der Unterführung von arbeitslosen Ausländern durch die nationalen Arbeitslosenversicherungen verlangt.“

Der „Courant“ meldet aus London: Radwily hat der Führer der Bergarbeiterorganisationen zu neuen Bestrebungen auf Montag geladen. Inzwischen leidet sich der Anbruch von Arbeitswilligen im schottischen Revier fort, während in Wales unter kommunistischen Einfluß die Anarchie sich ausbreitet. Die neue Reichsregierung hat die Einführung von Arbeitslosenversicherung beschlossen, daß bis 30. Juli Lohnberechnungen ausgeschlossen sind.

Die Ueberfülle wurde auch am zweiten Abend über die Zuhörer ausgeschüttet. Zwei Gemischte Chöre boten unter ihren Leitern eine Fülle und heitere Musikprogramme von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner. Von der Tagesgeschichte vor mehr als 20 Jahren in Halle im Stadttheater aufgeführt wurde. Chorvorbereitungen von Edwin Wendau und Proben aus den „Erdbeben“ von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner. Von der Tagesgeschichte vor mehr als 20 Jahren in Halle im Stadttheater aufgeführt wurde. Chorvorbereitungen von Edwin Wendau und Proben aus den „Erdbeben“ von Friedrich Schop (geb. 1888) und Richard Wagner.

Der preussische Kultusminister Dr. Becker hatte vor zwei Wochen auf Vorschlag der Akademie der Künste für Dichter zu Mitgliedern ihrer neuen Session für die Diaphten bewirbt, darunter auch Gerhard Hauptmann. Dieser hat nunmehr den Wunsch in einem Schreiben geäußert, von einer Session abzulehnen, da er sich von der praktischen Notwendigkeit einer atademischen Session für Dichter nicht zu überzeugen vermöge. Stattdell damt er während der Session in einem Raum, das mit einem Tisch und einem Stuhl besetzt sein sollte. Die übrigen derer Dichter haben angenommen.